

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1908

10.1.1908 (No. 9)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 10. Januar.

№ 9.

1908.

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einzugsgebühr: die gepaltene Pettizelle oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 21. Dezember v. J. gnädigst geruht, die Professoren

Gustav Kieger am Gymnasium in Rastatt und Dr. Karl Hofmann an der Oberrealschule in Pforzheim in gleicher Eigenschaft an das Realgymnasium mit Gymnasialabteilung in Karlsruhe zu veretzen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 21. Dezember 1907 gnädigst geruht, den Professor Arthur Feige am Gymnasium in Bruchsal in gleicher Eigenschaft an jenes in Rastatt zu veretzen und den Lehramtspraktikanten (geistlichen Lehrer) Joseph Frey von Ettenheim zum Professor am Gymnasium in Bruchsal zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 31. Dezember 1907 gnädigst geruht, die Betriebssekretäre Friedrich Flor und Michael Schlegel bei der Generaldirektion der Staatseisenbahnen zu Revisoren zu ernennen.

Das Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts hat unter dem 6. Januar 1908 den Hilfsgerichtsschreiber Robert Hert beim Amtsgericht Offenburg zum Gerichtsschreiber bei diesem Gericht ernannt.

Nicht-Amtlicher Teil.

Die große japanische Ausstellung von 1912.

Am 30. Oktober v. J. wurde den Redakteuren der japanischen Blätter und den Korrespondenten der fremden Presse in Japan von dem Handelsminister Herrn Matsuo und Wicome Kaneto in Tokio ein Wahl gegeben, in dessen Verlauf ihnen über Plan und Zweck der Ausstellung nähere Mitteilungen gemacht wurden. Die Herren wurden auch um ihre Mitwirkung gebeten, damit der Erfolg der Ausstellung besser gesichert werde. Der Korrespondent der „Wof. Zig.“ in Yokohama hat mit dem Bericht hierüber gewartet, bis ihm eine Abschrift der Rede des Wicome Kaneto zugeing, was soeben geschehen ist. Er meldet jetzt folgendes:

Es haben 30 Personen zu Tisch, von denen etwa die Hälfte Redakteure und Korrespondenten der hiesigen Zeitungen, sowie Vertreter der fremden Presse waren. Der Handelsminister, Herr Matsuo, hielt eine japanische Ansprache, die nachher von einem Sekretär ins Englische übertragen wurde, und nach ihm hielt Wicome Kaneto die Hauptrede des Abends auf Englisch, auf die ich nunmehr näher eingehen möchte:

„In anderen Ländern“, sagte der Redner, „werden Ausstellungen gewöhnlich von Privatgesellschaften organisiert und die Regierungen helfen nur mit zu ihrem Erfolge. In Japan aber hat die Regierung sowohl zu den fünf nationalen, als auch zur Beteiligung der japanischen Industrie an fremden Ausstellungen immer die Initiative ergriffen. Die beabsichtigte große Ausstellung von 1912 macht hieron keine Ausnahme, sie ist Sache der Regierung und unterliegt der Kontrolle des Handelsministers. Aus der ihr amtlich beigelegten Bezeichnung „Die Große Ausstellung von Japan, 1912“, würde nun vielleicht geschlossen werden, daß sie eine nationale werden solle, aber ihrem Wesen und Charakter nach würde sie mit einer nationalen Ausstellung durchaus identisch sein. Der wirtschaftliche Aufschwung des Landes ist noch in seinem ersten Stadium, besonders in den Verkehrsweisen, Zustand der öffentlichen Straßen und Hotels, sowie in der Gesundheitspflege bleibt noch viel zu tun. Es fehlt auch sonst an manchem, woran Fremde in europäischen Hauptstädten gewöhnt sind.“ Die japanische Regierung, so fuhr Kaneto fort, habe 10 Millionen Yen für Ausstellungs-zwecke angewiesen, und die verschiedenen Abteilungen der Zentralregierung, sowie der Provinzialregierungen und andere Korporationen würden auch noch Beiträge zusteuern. Die Regierung habe nun eine herzliche Einladung an die Regierungen aller Nationen gesandt, sich durch Ausstellung von Artikeln im Unterrichtsweisen, von Maschinen, von elektrischen Apparaten usw., sowie von Manufakturwaren aller Art zu beteiligen. Wicome Kaneto zeigte dann an, daß Deutschland zuerst von allen Ländern diese Einladung angenommen habe, und daß auch der Deutsche Kaiser ein lebhaftes Interesse an der Sache nehme. Demnach hätten der Reihenfolge nach angenommen: Mexiko, Kanada, Neuseeland, Großbritannien und Frankreich.

Die geographische Lage Japans ermöglicht es uns, so führte Kaneto weiter aus, alle asiatischen Produkte im Gegensatz zu denen Europas und Afriens zu zeigen, und damit westlichen Völkern die Gelegenheit zu bieten, nicht nur den Geschmack und die Bedürfnisse von Japan, sondern von allen Völkern Afriens kennen zu lernen. Aussteller könnten auch eine ganze Menge von Artikeln vorführen, die bisher noch nicht ihren Weg nach dem fernen Osten gefunden haben, und ebenso würden scharfen westlichen Augen auch viele bisher noch verborgen gebliebene asiatische Artikel dargeboten werden. Japan ist in den letzten drei oder vier Jahren plötzlich wie ein Gespenst am Horizont des Ostens aufgetaucht, und alle Nationen sehen mit Erstaunen auf dieses Land. Es ist von fremden Völkern oft

mißverstanden worden und bietet nun eine Gelegenheit, das ganze Land ohne Rückhalt zu öffnen. In Betreff der Zölle auf vom Auslande eingefandte Artikel und auf die fremden Regierungen gehörigen Materialien wird die bei anderen internationalen Ausstellungen befolgte Regel beobachtet werden, indem diese Gegenstände zollfrei eingehen würden. Ebenso würden den Ausstellern patentierter Artikel Patente auf dieselben von dem Tage der Ausstellung an erteilt werden.

Wicome Kaneto wandte sich nun an die Vertreter der Presse mit folgendem Appell: Er wünsche die Wichtigkeit der Presse nicht größer hinzustellen, als sie sei, aber er fühle doch, daß der Erfolg oder das Scheitern einer internationalen Ausstellung doch in hohem Grade davon abhängt, was die Vertreter der Presse dafür täten. Es wäre sehr treffend gesagt worden, die Ausstellung von St. Louis wäre auf die „Columns“ (Columns bedeutet Zeitungsspalten und auch Säulen) der Presse erbaut worden. Das sei sehr wahr, und es sei klar, welchen bedeutenden Einfluß die Vertreter der Presse ausüben könnten. Hiermit wolle er diese nicht gebeten haben, nicht gerechtfertigte günstige Berichte über Japan nach Hause zu senden. Er erjuchte sie nur um ihre Mitwirkung und biete sie, der Außenwelt nur das über die kommende Ausstellung mitzuteilen, was ihr nach ihrem eigenen Urteil mit Recht zukomme.

Hierauf erhob sich Herr F. Schroeder, der Redakteur und Eigentümer der „Eastern World“ und sagte, da sein Vaterland, Deutschland, in so freundlicher Weise von Wicome Kaneto erwähnt worden sei, so falle ihm als dem ersten und ältesten deutschen Journalisten im fernen Osten und als dem zweitältesten Journalisten und Redakteur in Japan, die angenehme Pflicht zu, Wicome Kaneto für seine freundlichen Worte zu danken. Hauptmann Brinkler, der Redakteur der „Japan Mail“ sei der älteste, und er müsse es diesem daher überlassen, für die Presse im allgemeinen zu sprechen. Er möchte sich indes gestalten, bei dieser günstigen Gelegenheit eine Bitte an den Herrn Handelsminister und an Wicome Kaneto, als Organisatoren der Ausstellung zu richten. Seine Landsleute seien alle starke Raucher, und er gestatte sich daher die Bitte, daß das Tabakmonopol während der Dauer der Ausstellung in deren Bezirk suspendiert werde. Es sprachen hierauf noch andere Herren, und um etwa 11 Uhr nahmen die Gäste Abschied.

Der preussische Staatshaushalt 1908.

Nach dem Entwurfe des preussischen Staatshaushaltsetats für das Rechnungsjahr 1908 (1. April d. J. bis 31. März 1909), der gestern dem Hause der Abgeordneten vorgelegt worden ist, sind für das nächste Etatsjahr die Einnahmen des Staats auf 3 362 021 686 M., die Ausgaben im Ordinarium auf 3 173 881 274 M., im Extraordinarium auf 188 140 412 M., zusammen mithin ebenfalls auf 3 362 021 686 M. veranschlagt. Gegenüber den Veranschlagungen für das laufende Jahr zeigen die Schlussummen des Etats für 1908 eine Erhöhung um 161 947 756 M. Dieselbe setzt sich bei den Ausgaben aus einer Erhöhung im Ordinarium um 270 899 434 M. und aus einer Verminderung im Extraordinarium um 108 951 678 M. zusammen. Es sind angeführt bei den staatlichen Betriebsverwaltungen die Einnahmen um 152 525 177 M. und die Ausgaben im Ordinarium um 144 387 552 M. höher, die Ausgaben im Extraordinarium um 78 572 060 M. niedriger, bei den Dotationen und der allgemeinen Finanzverwaltung die Einnahmen um 1 717 578 M. niedriger und die Ausgaben im Ordinarium um 12 928 688 M. höher, bei den eigentlichen Staatsverwaltungen die Einnahmen um 11 140 157 M. und die Ausgaben im Ordinarium um 113 583 194 M. höher, die Ausgaben im Extraordinarium um 30 379 618 M. niedriger.

Die über das sonst übliche Maß weit hinausgehende Steigerung der ordentlichen Staatsverwaltungsansgaben findet ihre Erklärung überwiegend in der Bereitstellung einer Summe von 77 000 000 M. zur teilweisen Deckung des Mehrbedarfs für die in Aussicht genommene allgemeine Aufbesserung der Dienstbezüge der Beamten, Geistlichen und Volksschullehrer, zum Teil auch darin, daß zur Durchführung des Volksschulunterhaltungsgesetzes in den Etat der geistlichen usw. Verwaltung weitere Ausgaben im Gesamtbetrage von rund 12 000 000 M. einzustellen wären. Um die Mittel hierfür zu gewinnen, mußte das Extraordinarium entsprechend niedriger bemessen werden.

Bei den staatlichen Betriebsverwaltungen ist im Ordinarium ein Mehrüberschuß von überhaupt 8 137 625 M. veranschlagt. Von dem Mehrüberschußen entfällt der größte Teil mit 2 654 200 M. auf die Verwaltung der direkten Steuern, bei welcher die Einnahmen aus der Einkommensteuer um 18 000 000 M. und aus der Ergänzungssteuer um 5 000 000 M. höher in Ansatz gebracht sind.

Es folgt die Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern mit einem Mehrüberschuß von 1 931 590 M. Weiter tritt bei der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung ein Mehrüberschuß von 1 469 140 M. hervor. Ein Mehrüberschuß erscheint auch bei der Domänenverwaltung, und zwar in der Höhe von 462 870 M.

An den Minderüberschüssen ist in erster Linie die Eisenbahnverwaltung beteiligt, nämlich mit 15 677 045 M. Während die Einnahmen um 106 999 227 M. höher veranschlagt sind, und zwar um 25 680 000 M. bei dem Personen- und um 88 820 000 M. bei dem Güterverkehr, zeigen die Ausgaben eine Steigerung um 122 678 272 M.

Bei der Forstverwaltung ergibt sich ein Minderüberschuß von 2 689 000 M.

Die Verwaltung der öffentlichen Schuld erfordert eine Mehrausgabe von 15 470 844 M.; zur Verzinsung sind 11 346 571 M., zur Tilgung 1 762 496 M. und an Renten 2 375 000 M. mehr veranschlagt.

Bei der allgemeinen Finanzverwaltung ergibt sich ein Minderbedarf von 858 985 M., der sich aus Minderansätzen von 558 896 M. und aus Mindereinnahmen von 1 699 911 M. zusammensetzt. Den bezüglichlichen Ansätzen in dem Entwurfe zum Reichshaushaltsetat für 1908 entsprechend sind die Ueberweisungen vom Reich um 4 100 160 M. niedriger eingestellt, während der Beitragsbeitrag, der nach dem Entwurfe zum Reichshaushaltsetat den Sollbetrag der Ueberweisungen um mehr als 40 % auf den Kopf der Bevölkerung übersteigt, gemäß der Bestimmung im § 3 des Gesetzes vom 3. Juni 1906, betreffend die Ordnung im Reichshaushalt und die Tilgung der Reichsschuld, nur in Höhe der Ueberweisungen zuzüglich eines Betrages von 40 % auf den Kopf der Bevölkerung in Ansatz gebracht ist, wodurch ein Weniger von 4 093 558 M. gegen den vorigen Etat entfiel. Bei den hinterlegten Geldern sind dem Durchschnitt der letzten beiden Rechnungsjahre entsprechend die Einzahlungen um 1 000 000 M. und die Rückzahlungen um 1 500 000 M. gesteigert. An Mehreinnahmen kommen noch in Betracht 542 965 M. Rückzahlungen und Zinsen auf gewährte Darlehen usw. und 826 584 M. Dividenden von den Eisenbahnaktien (zu vergleichen die Bemerkung bei der öffentlichen Schuld).

Der Etat des Finanzministeriums schließt mit einer Mehrausgabe von 80 920 058 M. ab. Hier erscheinen zunächst die Mittel zur teilweisen Deckung des Mehrbedarfs für die in Aussicht genommene allgemeine Erhöhung der Dienstbezüge der Beamten, Geistlichen und Volksschullehrer mit 77 000 000 M. An weiteren Mehrausgaben sind vorgesehen u. a. 2 250 000 M. für Zivildpensionen, 1 600 000 M. zu gesetzlichen Witwen- und Waisengeldern und 580 000 M. Vergütung für abfertigte Porto- und Gebührenbeiträge.

Bei der allgemeinen Baubehörde sind an dauernden Mehrausgaben 1 308 768 M. veranschlagt.

Bei der Handels- und Gewerbeverwaltung ist die dauernde Ausgabe um 1 100 498 M. gestiegen.

Die dauernde Mehrausgabe der Justizverwaltung stellt sich auf 4 180 800 M., darunter sind enthalten 1 306 800 M. infolge des Richterbesoldungsgesetzes.

Bei der Verwaltung des Innern sind an Mehrausgaben veranschlagt, abgesehen von den in Mehreinnahmen gedeckten Mehrausgaben von 1 584 490 M. an Beihilfen für unterstützungsbedürftige ehemalige Krieger, überhaupt 3 254 210 M.

Bei der landwirtschaftlichen Verwaltung sind an dauernden Ausgaben 2 688 259 M. und, wenn die durch Mehreinnahmen gedeckte Mehrausgabe von 2 050 000 M. zu Prämien bei Pferdebrennen außer Betracht gelassen wird, noch 618 259 M. mehr ausgebracht, u. a. 299 713 M. für die landwirtschaftlichen Lehranstalten, darunter 140 000 M. für landliche Fortbildungsschulen, ferner 121 160 M. für Landesmeliorationen. Außerdem ist, wie im Etat des laufenden Jahres, ein Betrag von 500 000 M. im Extraordinarium als Vertiefung des Dispositionsfonds zu Prämien bei Pferdebrennen vorgesehen.

Von den dauernden Mehrausgaben bei der Verwaltung der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten im Gesamtbetrage von 16 271 890 M. sind zu erwähnen: 412 924 M. für die Universitäten neben einer rein formellen Mehrausgabe von 673 672 M., welche durch Uebertragung der Ausgaben für das Charitékrankenhaus von dem Kapitel für das Medizinalwesen hierher verbracht ist, ferner 40 750 M. für die höheren Lehranstalten, 14 476 331 M. für das Elementarunterrichtswesen, darunter namentlich der Mehrbedarf zur Durchführung des Volksschulunterhaltungsgesetzes, der sich auf rund 11 ½ Millionen Mark bezieht, neben 500 000 M., die speziell für Westpreußen und Posen bestimmt sind. Von weiteren Mehrausgaben sind zu erwähnen 146 346 M. für Kunst und Wissenschaft und 197 268 M. für das technische Unterrichtswesen.

Von den einmaligen und außerordentlichen Ausgaben entfallen auf die Betriebsverwaltungen 122 347 750 M., darunter 107 767 000 M. auf die Eisenbahnverwaltung, und auf die eigentlichen Staatsverwaltungen 65 792 662 M.

Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

* Berlin, 8. Januar.

In seinem Schlusswort zum Zentrumsantrag, betreffend die Erhaltung und Förderung des Handwerkerstandes und des kaufmännischen Mittelstandes, führt Abg. Jrl (Zentr.) weiter aus, der Spott eines sozialdemokratischen Redners über die Geringfügigkeit der von den Handwerkerorganisationen für die Ausbildung der Lehrlinge aufgewendeten Mittel sei wenig am Platze gewesen, da er sich auf statistische Angaben stütze, die für die durchschnittlichen Leistungen dieser Organisationen ganz bedeutungslos seien. Redner polemisiert darauf gegen die Ausführungen des Abg. Weidner. Die Agitation der Sozialdemokratie unter den Lehrlingen sei eine der größten Gefahren, die dem Mittelstande drohten. Die Förderung des kleinen Befähigungsnachweises, wonach die Ausbildung von Lehrlingen in handwerksmäßigen Betrieben nur denjenigen Personen gestattet sei, welche den Meisterstitel nach den Bestimmungen der Gewerbeordnung zu führen berechtigt sind, gehe ihrer Erfüllung entgegen. Die gegen dieses Verlangen erhobenen Einwände könnten als stichhaltig nicht angesehen werden. Redner schließt: Die Regierungen mögen baldigst die in dem Antrage gewünschten Gesetzentwürfe vorlegen. (Beifall.)

In der darauf folgenden Abstimmung wird der Zentrumsantrag mit Ausnahme der inzwischen als erledigt zurückgezogenen Teile desselben, betreffend den kleinen Befähigungsnachweis und die Sicherung der Bauforderungen, angenommen.

Berufung der Privatbeamten.

Es folgt die Beratung des Antrages v. Richthofen-Dammsdorf, betreffend Pensions- und Hinterbliebenenversicherung der Privatbeamten.

Abg. Frhr. v. Richthofen (konf.) begründet den Antrag und wünscht, daß die Regierung die Vorarbeiten zu dem Gesetzentwurf, betreffend die Pensions- und Hinterbliebenenversicherung der Privatangestellten, so fördere, daß er bei Beginn der nächsten Session zur Vorlage gelangt. Redner geht auf die bei den einzelnen Interessentengruppen, dem Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverband, dem Deutschen Werkmeisterverband usw., veranfaltete Umfrage und auf die von diesen aufgestellten Grundzüge ein. Die Regierung stehe dem Bestreben der Privatangestellten wohlwollend gegenüber, und wenn sie zu einem entsprechenden Gesetzentwurf bereit sei, so hoffe er, daß dies baldigst durch positives Vorgehen der Regierung in die Tat umgesetzt werde. (Beifall.)

Abg. Stresemann (natl.) führt aus: In den Kreisen der Privatbeamten werde es beklagt, daß die Denkschrift ein falsches Bild von den tatsächlichen Verhältnissen ergebe. Der bestehende Ausschuss der Verbände der Privatangestellten sei ja jetzt von der Hauptforderung auf möglichst Gleichstellung mit den Staatsbeamten zurückgetreten, und seine Mehrheit zögere sich auf den Standpunkt zurück, daß 10 Proz. seitens der Interessenten zugestanden werden sollen. Es werde nun zu prüfen sein, ob die Privatangestellten 5 Proz. ihrer Gehälter für diesen Zweck hergeben können. Es handle sich bei dieser Erwägung um einen neuen Mittelstand, der sich als Mittelglied fühlt zwischen dem Großkapital und dem Proletariat und der sich mit Händen und Füßen wehrt, in das Proletariat hineingezogen zu werden. Die Frage, ob alle Privatbeamten einbezogen werden sollen, oder ob eine obere Grenze zu studieren sei, werde sehr genau zu erwägen sein. Das Maximum werde bei 4000 oder 5000 M. zu setzen sein. Sehr zu beklagen sei es, daß innerhalb der Privatangestellten noch so wenig Einheit herrsche. Soffentlich werde der Fortschritt auf diesem sozialen Gebiete mit derjenigen Einnüchtheit seitens der Reichstages getan, für welche sich wiederholt alle Parteien ausgesprochen haben.

Abg. Ding (Reichsp.) erklärt: Im ganzen Lande herrsche volle Bereitwilligkeit, dieses ebenso ernste, wie schwere nationale Problem zur Zufriedenheit der Beteiligten zu lösen. Die Volksstimmung und die Meinungen des Parlamentes stimmen einmal überein. Daraus rechtfertige sich die Hoffnung, daß die Entscheidung nicht ad calendae graecas vertagt werde. Er hoffe, daß Deutschland wesentlich schneller als Oesterreich zum Ziele kommen werde. Die kaufmännischen und technischen Beamten ständen in einem gewissen Gegensatz zu einander. Erstere forderten eine Sonderklasse, letztere den Anschluß an die Invaliditäts- und Altersversicherung. Dieser Widerstreit im eigenen Lager erschwere dem Reichstage und den Regierungen die Entscheidung bedeutend. Seine politischen Freunde werden gerne bereit sein, auch ferner mitzuarbeiten an einer so wichtigen Frage zum Wohle der Privatbeamten und damit der Gesamtheit. (Beifall.)

Abg. Sittart (Zentr.) führt aus: Der Vorredner habe gesagt, man müsse auch der Handwerker gedenken. 1904 hätten die Vertreter verschiedener Parteien darauf hingewiesen, daß die Privatbeamten nicht eine Wiederholung dieses unerfreulichen Bildes herbeiführen. Er stimme freudig dem Vorschlage der Regierung zu, der eine Kombination der allgemeinen Versicherung mit der Sonderklasse erstrebe. Seine Partei unterstütze auch den Wunsch Richthofens, daß die Regierungen die Vorlegung eines Gesetzentwurfes möglichst beschleunigen möchten. Er konstatierte mit Freude, daß eine Uebereinstimmung zwischen den Angestellten und Unternehmern in dieser Frage sich zeige. 5 Proz. Beiträge seitens der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer scheine nicht zuviel zu sein. Ein Widerspruch dagegen sei nur in wenigen Fällen hervorgetreten. Rechte und Pflichten, Leistung und Gegenleistung müßten in einem bestimmten Verhältnis zu einander bestehen. Davon werden die Privatangestellten immer mehr überzeugt sein. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Mugbau (freis. Vp.) erklärt, seine Partei werde dem Antrage zustimmen. Die Debatte zeige, daß die Angelegenheit doch noch sehr der Klärung bedürfe. Ein bischen scheint ihm auch die Regierung schuld zu sein, von der man heute keinen Vertreter sehe. Mindestens müßten die Regierungen genügendes Material für die Entscheidung der Frage zur Verfügung stellen, nach welchem System die Versicherung errichtet werden solle. Der größte Teil der Privatbeamten sei bereits gegen Invalidität versichert; für den Rest von 25 bis 30 Proz. genüge vollständig der Anschluß an die bestehende Invaliditätsversicherung. Die Privatbeamten brauchten diese Versicherung, daher sei es Pflicht des Reichstages und der Regierungen, diese Pflicht möglichst schnell zu erfüllen. (Beifall.)

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.) begrüßt gleichfalls die Forderung, die dem Antrage zugrunde liege. Dem Gedanken einer oberen Maximalgrenze der Versicherung könne er nicht beistimmen. Wolle man die neue Einrichtung an die bestehende Invaliditätsversicherung anschließen, so müsse man dem Wunsche der Privatangestellten auf ein größeres Maß der Selbstverwaltung entgegenkommen. Es sei jedoch jede Einheitlichkeit in der Sozialpolitik zu vermeiden. Dieses Bild der Zerrissenheit werde vermehrt durch die Schaffung einer Sonderklasse, die man vermeiden sollte.

Darauf wird ein Antrag auf Vertagung angenommen. Nächste Sitzung morgen 1 Uhr: Unterstützungswohnstiftgesetz, Rogelschulgesetz und Gesetz, betreffend die Haftbarkeit des Tierhalters. Schluß 6 Uhr.

(Telegraphischer Bericht.)

Berlin, 9. Januar.

Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten. Eingegangen sind drei Interpellationen, betreffend das Knappschaffswesen.

Graf Stolberg teilt mit, daß er sie auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen setzen werde.

Bei der Beratung des Gesetzentwurfes, betreffend die Änderung des Gesetzes über den Unterstützungswohnstift, führt Staatssekretär von Bethmann-Hollweg aus, der Gesetzentwurf habe genau in derselben Fassung bereits vor zwei Jahren in erster Lesung den Reichstag beschäftigt. Damals sei die Zurückstellung der Materie befürwortet worden bis zur Reform der gesamten Grundlagen der Armengesetzgebung. Bei der Interpellation haben die Parteien sich mit der Tendenz der Novelle einverstanden erklärt. Die Regierung stehe noch heute auf dem Standpunkt, daß die stetigen Abwanderungen großer Bevölkerungsteile vom ländlichen Lande in die Städte eine Erschwerung für die Armengesetzgebung sei, die volkswirtschaftlich

und sozial die größte Aufmerksamkeit beanspruche. Die Regierung halte es für notwendig, diejenigen Gemeinden, welche unter dieser Auswanderung besonders leiden, in ihren Armenpflichten zu entlasten. Redner legt dann die Gründe dar, welche die Regierung bewegen, die Novelle in ihrer früheren Fassung wieder vorzulegen.

Berlin, 8. Jan. Zum Etat des Reichsamts des Innern brachten die Abgg. Wasser mann und Genossen folgende Resolution ein: Die Verbündeten Regierungen zu ersuchen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, wodurch die Arbeitszeit und die Sonntagsruhe in den Kontoren und sonstigen kaufmännischen Betrieben, die nicht mit öffentlichen Verkaufsstellen verbunden sind, geregelt wird.

Aus den Kolonien.

(Telegramm.)

Berlin, 8. Jan. Ein Dar-es-Salaamer Blatt brachte die beunruhigende Nachricht, daß in den letzten Monaten in Deutsch-Ostafrika vier Europäer verschwunden seien. Auch deutsche Zeitungen nahmen hiervon Notiz. Hierzu ist festzustellen, daß einer der vier, ein Angestellter der Bahnbaufirma Holzmann, Selbstmord verübte. Ein zweiter Verschwundener, ein Schreiber, tauchte zwei Tage darauf wieder auf, der dritte Vermisste, ein Schiffsführer, wurde bald nach seinem Verschwinden im Hafen als Leiche gefunden. Auch er scheint Selbstmord verübt zu haben. Bei dem vierten Fall handelt es sich um den Sanitätsunteroffizier Brüdnner, der am 7. Oktober v. J. bei Mbulazi, im Bezirk Mrogoro, auf die Jagd gegangen war und seither nicht wieder gesehen wurde. Die amtlichen Nachforschungen führten am 3. Dezember zu der einwandfreien Feststellung, daß Brüdnner von einem Eingeborenen erschossen wurde, der bereits verhaftet wurde und sein Verbrechen eingestand. Brüdnner soll einem Eingeborenen einen Hinterlader, in dessen Besitz dieser widerrechtlich von einem Europäer gestohlen wurde, abzunehmen versucht, und bei dem entstehenden Kampf um die Waffe getötet worden sein. Allen vier Fällen ist demnach keine symptomatische Bedeutung beizumessen.

Großherzogtum Baden.

Karlsruhe, 9. Januar.

Heute mittag 12 Uhr empfing Seine Königliche Hoheit der Großherzog den Kaiserlich Russischen Ministerresidenten von Sidler im Großherzoglichen Palais zur Uebereinstimmung seines Beglaubigungsschreibens. Der Ministerresident stellte darauf den Legationssekretär von Sabler vor. Anschließend wurden der Ministerresident und seine Gemahlin von Ihrer Königlichen Hoheit der Großherzogin empfangen und zur Frühstückstafel der Höchsten Herrschaften gezogen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog hörte heute vormittag den Vortrag des Legationsrats Dr. Seyd und nachmittags denjenigen des Ministerialpräsidenten Geheimrats Freiherrn von Bodman, sowie des Geheimrats Dr. Nicolai.

Bei der Landesversicherungsanstalt Baden sind im Monat Dezember 1907 438 Rentengesuche (29 Alters- u. 409 Invaliden- bzw. Krankenrentengesuche) eingereicht und 312 Renten (21+263+28) bewilligt worden. Es wurden 48 Gesuche (2+46) abgelehnt, 504 (24+480) blieben unerledigt. Außerdem wurden im schiedsgerichtlichen Verfahren — Alters-, 6 Invaliden- und 1 Krankenrente zuerkannt. Bis Ende Dezember 1907 sind im ganzen 59 945 Renten (10 234 Alters-, 47 677 Invaliden- und 2034 Krankenrenten) bewilligt bzw. zuerkannt worden. Davon kamen wieder in Beifall: 32 455 (7505+23 202+1748), so daß auf 1. Januar 1908: 27 490 Rentenempfänger vorhanden sind. (2729 Alters-, 24 475 Invaliden- und 286 Krankenrenten.) Verglichen mit dem 1. Dezember 1907 hat sich die Zahl der Rentenempfänger vermehrt um 31 (—27 Alters-, + 50 Invaliden- und + 8 Krankenrentner). Die Rentenempfänger beziehen Renten im Gesamtjahresbetrage von 4 022 039 M. 75 Pfg. (mehr seit 1. Dezember 1907 7507 M. 7 Pfg.) Der Jahresbetrag für die im Monat Dezember 1907 bewilligten Renten berechnet sich und zwar für 21 Altersrenten auf 3492 M. 60 Pfg., 269 Invalidenrenten auf 45 064 M. 40 Pfg., 29 Krankenrenten auf 4794 M. 60 Pfg., somit Durchschnitt für eine Altersrente 166 M. 31 Pfg., für eine Invalidenrente 167 M. 52 Pfg., für eine Krankenrente 165 M. 33 Pfg. für sämtliche bis 1. Januar 1907 bewilligten Renten betrug der durchschnittliche Jahresbetrag einer Altersrente 137 M. 97 Pfg., einer Invalidenrente 145 M. 45 Pfg., einer Krankenrente 156 M. 93 Pfg. Beitragserstattungen wurden im Monat Dezember 1907 angewiesen infolge Verfall weiblicher Versicherter in 356 Fällen 15 010 M. — Pfg., infolge Todes versicherter Personen in 73 Fällen 5933 M. — Pfg.

Personalveränderungen im Ober-Postdirektionsbezirk Konstanz. Etatsmäßig angestellt sind die Postassistenten: Egle in Konstanz und Böcker in Freiburg; außerdem die Telegraphengehilfin Essig in Freiburg.

(Großherzogliches Hoftheater.) Von Heinrichs Marschners vielen und feinerzeit berühmten Opernwerken ist „Hans Seiling“ wohl das einzige, das heute noch auf den Spielplänen steht und lebensfähig sich erweist. Die Musikgeschichte stellt den Opernkomponisten Marschner als bedeutendste Erscheinung zwischen Weber und Wagner, und wie des Heiling-Komponisten Zwißsche als von ersterem abhängig sich zeigt, so ist er seinerseits nicht ohne Einfluß auf Richard Wagner geblieben, dessen „Krieg der Holländer“ die Verwandtschaft mit „Hans Seiling“ unübersehbar erkennen läßt. Erreicht Marschner in dem zehnten hier aufgeführten Opus in bezug auf Vollständigkeit den großen Meistern des „Freischütz“ nicht, und haben sich die Begriffe von potender dramatischer Wirkung seit Wagner auch geändert, so fesselt und beansprucht das Werk unser Interesse doch einerseits durch seine historische Stellung zwischen den Opere der beiden großen Dramatiker, andererseits durch die vielen Szenen und Einzelstücke von hohem musikalischen Werte. Wir denken

dabei nicht nur an Heilings große Arie „An jenen Tag“, an die Annas „Eint war so tiefer Friede“, an Conrads warmempfundenes „Gänne mir ein Wort“, sondern auch an die farbenreiche Overture und an viele formreiche, klare und wirkungsvolle Choräle. In der Besetzung der beiden Hauptrollen war eine Änderung nicht eingetreten. Herr Würtner vertrat den großen gefanglichen Anführer der Fittelpartei sowohl nach der gesangstechnischen Seite, wie hinsichtlich schöner Tongebung und dramatischer Belegung voll und gerecht zu werden und auch mit seiner wirkungsvollen Darstellung durchweg zu interessieren. Höchstes Lob verdient Frau v. Westhofen für die meisterliche Verkörperung der Anna; hier vereinigte sich eine Gesangsleistung von hoher Vollkommenheit, stimmlicher Schönheit und Zuverlässigkeit, mit einer Zug um Zug festelndeschauspielerischen Wiedergabe. Frau v. Szekrenheß brachte für die „Königin der Erdeister“ genügende stimmliche Ausrüstung mit, stand aber bezüglich der souveränen gefanglichen Beherrschung und dramatischen Wirkung nicht immer auf gleicher Höhe. Auch den „Conrad“, den gestern Herr Brühel-Strasbourg in Vertretung des erkrankten Herrn Jakobowler mit leicht anklagender Stimme sang, können wir uns noch wesentlich eindruckreicher denken. Als „Gertrud“ bewährte sich Frä. Ethofer gefanglich und darstellerisch bestens, und die beiden Bauern Niklas und Peter hatten in den Herren Moha und Kronen ausgezeichnete Vertretung gefunden. Uneingeschränktes Lob verdient der Chor, der seine umfangreiche Aufgabe zur besten Zufriedenheit löste, desgleichen das Orchester. Mit ruhiger, wohlthuender Sicherheit leitete Herr Lorenz die befallig aufgenommene Aufführung.

Leistungsfähiger Verein Karlsruhe. Der Eintrachtsaal war gestern in ein Laboratorium verwandelt. Geh. Rat Professor Dr. Engler hielt einen sehr lehrreichen und anschaulichen Experimentvortrag über „Unsere Atmosphäre“, wobei sämtliche Experimente, — die ja sonst gerade bei öffentlichen Vorträgen gern streifen — aufs beste gelang. Man pflegt von seinem Gegner zu sagen „er ist mir Luft“, und meint er ist mir nichts. Eine solche Wendung, so begann gestern Geh. Rat Engler, sollte ein gebildeter Mensch gar nicht brauchen, nachdem wir wissen, welche unererschöpfliche Fülle von lebenserhaltenden Stoffen die, in Stärke von etwa 200 Kilometern die Erde umgebende Luftschicht in sich birgt. Beispielsweise enthält die Luftschicht über der Fläche eines Hektars, Stickstoff im Werte von etwa 30 Millionen Mark. Die Gewinnung des Stickstoffs aus der Luft durch Anwendung von Elektrizität (über die wir unlängst im Referat über einen anderen Vortrag kurz berichten konnten) wird in Zukunft eine der wichtigsten Aufgaben sein, denn die Salpeterlager in Chile, die uns den für unsere intensive Landwirtschaft notwendigen Stickstoff vorläufig noch liefern, dürften in 30—50 Jahren erschöpft sein. Der Redner besprach dann die einzelnen Bestandteile der Luft, die in erster Linie aus 78,13 Proz. Stickstoff und 20,9 Proz. Sauerstoff besteht, dazu kommen in kleinen Quantitäten Wasserstoff, ferner die sehr wichtige Kohlenäure, Wasserstoff, Argon (Helium usw.), das luftreinigende d. h. Mikroorganismen zerstörende Ozon, Wasserstoffperoxyd Ammonitrit, Amonitrit u. Staub, der aus anorganischen und organischen Stoffen sowie Mikroben zusammengesetzt ist. Es folgten nun sehr instruktive Experimente; die lebhafteste Verbrennung verschiedener Körper (Kohle, Schwefel, Phosphor, Eisen, Magnesium) in Sauerstoff bot ein fesselndes lichtvolles Schauspiel ebenso waren die verschiedenen Experimente mit flüssiger Luft, in deren niedriger Temperatur (Siedepunkt —191 Grad C.) frierendes Wasser Eisentugeln sprengt, Leuchtgas sich verflüssigt und die lebende Blume sofort zu starrem Eis wird, außerordentlich interessant. Geh. Rat Engler schloß seinen mit sehr dankbarem Beifall aufgenommenen Vortrag damit, daß er hoffe, die Anwesenden überzeugt zu haben, daß Luft wohl etwas und zwar etwas eminent Wichtiges für uns sei.

(Aus der Sitzung der Strafkammer II. vom 7. Jan.) Vorsitzender: Landgerichtsrat Dr. Schmid. Vertreter der großh. Staatsanwaltschaft Staatsanwalt Dr. Rudmann. Auf verschiedene Straftaten lautete die Anklage gegen die früher bei dem Sattler und Tapezierer Eisele in Forstheim beschäftigten Tapeziere Konrad Haas aus Berlin und Wilhelm Mann aus Mannheim. Mitte Juli füllten sie auf den Namen ihres Dienstgebers eine Quittung über 11 M. und suchten diesen Betrag einzuziehen. Mit einem auf den Namen des Eisele gefälschten Vorkaufsschein schwindelten sie sich bei dem Tapezierer Wiedmann Stoffe, die Haas dann für 11 M. verkaufte. Außer der Urkundenfälschung und des Betrugs war Haas des mehrfachen Diebstahls beschuldigt. In der heutigen Verhandlung war Mann geständig und erklärte, von Haas zu dem, was er getan, verleitet worden zu sein. Der Angeklagte Haas gab an, daß er von nichts wisse. Er könne sich an nichts erinnern, da er im Juni einen schweren Schlag mit einem Keilchen auf den Kopf erhalten habe und seitdem an Gedächtnisschwäche leide. Haas wurde zu 6 Monaten Gefängnis, abzüglich 2 Monate Untersuchungshaft, Mann zu 5 Wochen Gefängnis verurteilt. — In gleicher Sitzung wurde gegen den in Forstheim wohnenden Schmelzer Karl Fiedel aus Wurmberg wegen veruchten Sittlichkeitsverbrechens und Verbohung verhandelt. Der Fall endete mit der Verurteilung des Angeklagten zu 4 Monaten Gefängnis, abzüglich 5 Wochen Untersuchungshaft.

S. Mannheim, 8. Jan. Das badische Tuberkulosemuseum, das hier für die Dauer eines Jahres eine Heimstätte im östlichen Anbau der städtischen Kunsthalle gefunden hat, wird am Samstag den 18. d. M. eröffnet. — Auf 2303 M. belief sich das Erträgnis der Neujahrssenthebungsarten, die von 766 Personen gelöst wurden. Der Betrag kommt den Armen zugute. — Der Strafenräuber, der am Montag abend einer Dame in der Beethofenstraße ein Handtäschchen mit 1350 M. entwendete, konnte vergangene Nacht in der Person eines 29 Jahre alten, ledigen Schiffsknechtes aus Paderborn, welcher erst Ende November v. J. aus einer Strafanstalt nach Verbüßung einer längeren Freiheitsstrafe entlassen worden war, festgenommen werden. Von dem geraubten Gelde hatte er bereits 700 M. durchgebracht.

Vom Bobensee, 8. Jan. Am Sonntag wurde in der protestantischen Kirche in Adolfszell ein Konzert unter Mitwirkung des protestantischen Kirchenchores Stodach vom Kirchenchor Adolfszell gegeben. Die Chöre waren recht gut einstudiert, auch die Soli, von Erzähler (Tenor) und vom Engel (Sopran), wurden mit großer Bravour gesungen. — In der Pfarrei Immendingen kamen im Jahre 1907 folgende Realitäten vor: Taufen 26, Beerdigungen 14, Trauungen 9. Im Jahre 1907 — also vor 100 Jahren — waren diese Fälle folgendermaßen: Taufen 28, Beerdigungen 11, Trauungen 4. Unter den Gestorbenen befanden sich 23 Kinder von 1 bis 6 Jahren. In der Gemeinde Furtwangen waren von 123 Geburten 107 gleich 84 Proz., von 55 Beschließungen 46 gleich 84 Proz. und von 90 Gestorbenen 75 gleich 83 Proz. katholisch. Die Einwohnerzahl belief sich im Jahre 1907 auf 5000.

Neue Nachrichten aus Baden. In Großenhohlsheim wurde eine „Vauänder-Schweinezücht-Gesellschaft“ gegründet. — In Altschweier wurde ein Naturweinbauverein gegründet, dem sofort 50 Neubauern beitraten. — An den Hauptproduktionsstätten der Edelmetallindustrie: Pforz-

heim, Osnabrück und Oberstein haben sich infolge der jüngsten Arbeiterbewegungen Arbeitergebeten gebildet. In Osnabrück ist der frühere langjährige Bürgermeister und Ehrenbürger von Emmendingen, Andreas Koll im 90. Lebensjahre gestorben. Die Leiche wurde nach Emmendingen überführt. In der 200 Einwohner zählenden Gemeinde Gysenhausen streifen die Winterer, da die Birne mit dem Bierpreise aufschlugen. In Säckingen haben die Schmiedemeister einen Bezirksverein gegründet. Wegen des Bahnprojektes Tübingen-St. Blasien-Neubühl hat am Sonntag im Kurhotel zu Gschwend eine Versammlung der Bahnausschüsse stattgefunden. Es wurde beschlossen, erneut eine Petition an den Landtag zu richten.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Stuttgart, 9. Jan. Der Präsident der Generaldirektion der Staatsbahnen, Geheimrat v. Balz wurde auf sein Ansuchen unter Anerkennung seiner treuen vorzüglichen Dienste, sowie unter Verleihung des Großkreuzes des Friedrichsordens in den bleibenden Ruhestand versetzt. Auf die Stelle des Vorstandes der Generaldirektion der Staatsbahnen wurde der vortragende Rat im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, Verkehrsabteilung, Ministerialrat Stieler, zunächst in die Dienststellung eines Direktors befördert.

Berlin, 9. Jan. Der Kommandeur der ersten Fußartilleriebrigade Generalmajor Behrens ist auf der Straße in der Nähe des Zoologischen Gartens tot zusammengebrochen.

Wien, 9. Jan. Das „Armeekorrespondenzblatt“ veröffentlicht ein kaiserliches Handschreiben an den Feldzeugmeister Salgoth, in welchem diesem der erbetene Abschied nach 56-jähriger Dienstzeit mit dem Ausdruck des Bedauerns unter der Verleihung des Militärverdienstkreuzes in Brillanten gewährt wird.

Brüssel, 9. Jan. Der bisherige Präsident der Deputiertenkammer, Schollaert, ist an Stelle des verstorbenen Ministerpräsidenten De Trooz zum Minister des Innern ernannt worden.

Saag, 9. Jan. Die Kammer nahm die Zusatzakte zur Brüsseler Zuckerkonvention ohne Abstimmung an.

Rom, 9. Jan. „Corriere d'Italia“ dementiert die Meldung, daß ein Motu proprio des Papstes, betreffend die Reorganisation des Staatssekretariats, bevorstehe.

Konstantinopel, 9. Jan. Die Weigerung des Sultans, die Mandate der Reformbeamten in Mazedonien zu verlängern, ist nicht so zu verstehen, daß der Sultan überhaupt die Reform beendet sehen will; er besteht vielmehr, wie die „Köln. Ztg.“ erfährt, auf der Übernahme der Reformbeamten in den türkischen Dienst unter Beibehaltung des bisherigen Reformprogramms.

Konstantinopel, 7. Jan. 36 Unteroffiziere der albanesischen Jüdisgarde sind zu Offizieren befördert und dem dritten Korps in Saloniki zugeteilt worden. Es ist dies als eine Auszeichnung der Albanesen durch den Sultan anzusehen.

Madrid, 9. Jan. Der marokkanische Minister El Mokri, der sich zur Regelung der Anleihefrage nach Paris begibt, hatte hier auf der Durchreise eine Unterredung mit dem französischen Minister des Auswärtigen, Richon, und dem französischen Votschafter Reboil.

Dran, 9. Jan. General Drude ist in Dran eingetroffen.

Washington, 9. Jan. Staatssekretär Root antwortete auf eine Anfrage des japanischen Geschäftsträgers, daß die Ernennung Takahiras, des jetzigen Geschäftsträgers in Rom, zum Nachfolger Afokis von den Vereinigten Staaten mit Befriedigung aufgenommen werde.

Newyork, 8. Jan. „Tribuna“ unterstützt in einem offiziös inspirierten Artikel die gestern vom Senator Beveridge eingebrachte Gesetzesvorlage, betreffend die Zolltarifrevision. „Journal“ erklärt, der Kongreß werde wahrscheinlich in einer im Frühjahr 1909 stattfindenden Spezialsession eine Revision des Dingley-Tarifs vornehmen.

Verschiedenes.

Wilhelm Busch †

Braunschweig, 9. Jan. Der Dichter Wilhelm Busch ist nach einem Telegramm der „Braunschweigischen Neuesten Nachrichten“ heute morgen halb 10 Uhr in Wechsungen bei Leese gestorben. (Der heitere, resignierende Philosoph, dem noch im April dieses Jahres zu seinem 75. Geburtstag ganz Deutschland freundliche Wünsche sandte, ist nun nach bewährtem, friedlichem Lebensabend hinübergegangen. Der damals noch rüstige Mann im stillen Wechsungen konnte es, nachdem er sich längst aus dem Betriebe des Lebens zurückgezogen hatte, aus ungesägten Grundungen ersehen, wie allen Strömungen und Erhebungen der literarischen Mode zum Trotz seine Werte dem Geiste auch unserer Zeit nahe verwandt geblieben sind, eben weil sie über jede Mode erhaben sind. So lange über all den kleinen Nöten und Nichtigkeiten des Daseins das erfreuliche Wesen walte, das wir den deutschen Humor nennen, wird man Wilhelm Busch als einem seiner größten Vertreter ein dankbares Andenken bewahren.)

Der Prozeß Peters-Bennigsen.

Göln, 8. Jan. Der Magistratssekretär Wilhelm aus Schöneberg führt bei seiner Zeugenaussage weiter aus: Er sei am 1. Januar 1902 von Peters fortgeschickt worden, um eine Brücke zu bauen und eine Karawane von der Küste abzuholen, die er jedoch nicht angetroffen habe. Kurz nach seinem Abmarsch sei der Gerichtshof zusammengekehrt und die Jagodja am 5. Januar 1902 gebängt worden. Eine Karawane habe er nicht gesehen. Er habe das Gefühl, daß Peters ihn nur weggeschickt habe, weil er ihm unbehaglich war. Die Jagodja habe gar nicht gewußt, warum sie in Ketten gelegt wurde. Peters fragt den Zeugen, ob dieser ihm nicht selbst die aufgeregte Stimmung der Schwarzen gemeldet habe. Wilhelm bejaht dies.

Peters fragt den Zeugen, ob er ihm nicht auch die Niederholung der deutschen Flagge in dem Dorf gemeldet habe. Wilhelm weiß sich dessen nicht mehr zu entsinnen. Wenn er dies aber vor dem Disziplinarhof zu Protokoll ausgesagt habe, so halte er diese Aussage aufrecht.

Peters führt aus, daß er wohl eine Karawane mit Nahrungsmitteln erwartet habe und daß der Weg nicht sicher gewesen sei; nur deshalb habe er den Zeugen beauftragt, ihr entgegen zu gehen.

Wilhelm gibt auf Befragen an, daß unter Bismann, als die Situation in der Kolonie noch sehr aufgeregter war, einige Kettengefangene ihrem eingeschlafenen Wächter die Hände auf dem Rücken zusammengebunden hätten und entflohen seien; sie seien aber aus ihrem Dorf wieder geholt und in Ketten gelegt, oder mit einer Prügelstrafe bestraft worden; an eine Todesstrafe habe man nicht gedacht.

Justizrat Sello fragt den Zeugen, ob ihm im Dezember 1901 die Niederlage der Expedition von Jalewski bekannt gewesen sei. Dieser bejaht dies.

b. Bennigsen bestritt das, weil die Schwarzen den Namen Jalewski gar nicht gekannt hätten.

Wilhelm gibt dies zu, bemerkt aber, daß damals eine andere Niederlage in Frage kommen konnte. Die Regier hätten allgemein gesagt, die Deutschen seien schlapp, sie seien von den Wahehes geschlagen worden. Um 1 Uhr wurde die Sitzung auf nachmittags 4 Uhr vertagt.

In der Nachmittags-Sitzung erklärte der als Zeuge benannte Direktor der Kolonialbahnbetriebsgesellschaft, Mittelstedi aus Charlottenburg, daß Peters wegen Kleinigkeiten schwere Strafen verhängt habe.

Der von dem Kläger geladene Zeuge v. Pechmann aus Verchesagen sagte aus, Mabruk sei verurteilt worden, weil er einen Einbruchsdiebstahl verübt habe. Er, Zeuge, habe als Beisitzer des Gerichts auf Todesstrafe bestanden. Dr. Peters habe anfangs nicht gewollt. Es sei aber nichts anderes möglich gewesen, weil einem Regier der Tod angedroht werde, wenn er einen Diebstahl nicht sofort eingestehet. Geschlechtliche Motive für Urteilsprüche seien vollständig ausgeschlossen. Er werde unter gleichen Umständen ebenso handeln. Geschlechtliche Beziehungen hätten zwischen Mabruk und Jagodja nicht bestanden. Dr. Peters habe mit aller Energie vorgehen müssen. Auch bei der Verurteilung der Jagodja hätten geschlechtliche Motive nicht mitgewirkt. Die Jagodja sei eine gefährliche Person gewesen, welche unter den Stämmen konspiriert habe.

Auf eine Frage des Rechtsanwalts Fall erklärt der Zeuge, Peters sei ausgeschieden worden, um die deutsche Herrschaft am Kilimandscharo zu begründen, v. Elz sei mehr Agent gewesen. Die Eingeborenen seien deshalb auch Peters feindlich gewesen. Peters mußte mit Energie vorgehen. Die Station am Kilimandscharo war militärisch wichtig, wegen der Nähe der Rebellen.

Auf eine Frage Dr. Sello erklärte der Zeuge, v. Bronsart habe nach der Mitteilung der Hinrichtung Mabruks gesagt, dem Kerl sei recht geschehen. Der Vorsitzende verliesse eine Stelle des Urteils des Disziplinarhofes, daß Pechmann widerprüchliche Aussagen gemacht habe.

Ueber den Anlaß der Hinrichtung der Jagodja sagte Pechmann aus, es sei allgemein die Todesstrafe für Mord angeordnet. Der Vorsitzende fragt, ob auch hier Peters gegen die Todesstrafe gewesen sei. Pechmann erwidert, es sei Peters peinlich gewesen. Auch hier lagen keine geschlechtlichen Motive vor. Auf Befragen Dr. Sello gibt Pechmann Auskunft darüber, wie die Mädchen verschwinden und wiedergekommen sind. Die Jagodja habe zu den Mädchen gesagt, die Europäer sollen niedergemacht werden. Die Mädchen sollen nach Malania kommen. Nach dessen Niederbrennung seien die Mädchen zurückgekommen. Der Bruder des entthronten Hauptlings von Malania schilderte Jagodja als gefährliche Person und deshalb sei sie in Fesseln gelegt worden. Justizrat Sello fragt: Inwiefern hatten Sie und Peters Anlaß, zu glauben, daß die Jagodja konspiriere. Pechmann erwidert: Die ganzen Verhältnisse ließen den Glauben zu. Die Marokopolente drohten wiederholt; als der Hauptling starb, erfuhren wir nichts davon, weil sie es verschwiegen und sein 16-jähriger Sohn erhob Tribut, was verboten war. Dies ließ auf Widerpenitenz schließen. Voten des anfangs befreundeten Hauptlings Mariale seien mißhandelt worden. Pechmann erklärt auf eine Frage Sello, daß die Station äußerst gefährlich sei. (Pater Ader lächelt.)

Justizrat Sello fragt den Zeugen: Ist dies Ihre erste Meinung? (Ein Sachverständiger lächelt.) Pechmann erwidert: Es ist meine erste Überzeugung. Sello fragt: Freute sich Peters über die Hinrichtung der Jagodja? Pechmann: Ja! Die Jagodja ist nicht verfolgt worden, sondern von Regern zurückgebracht worden. Dies ist Peters unangenehm gewesen. Rechtsanwaltschaft: Waren auch auf anderen Stationen Kettenflüchtlinge mit der Todesstrafe bedroht? Pechmann erwidert ja, gibt aber die Möglichkeit eines Irrtums zu. Peters: Im deutschen Kolonialgesetz ist die Todesstrafe für Kettenflüchtlinge enthalten. Auf die Frage des Rechtsanwalts Fall sagt Peters, er habe das Gesetz nicht bei sich.

Justizrat Sello befragt Pechmann über den Leumund Bronsarts von Schellendorf. Pechmann kann nichts persönliches äußern, nur was er von anderen gehört habe. Er hält ihn für nicht ganz zuverlässig. Das Gericht beschließt alsdann die Verlesung der Aussagen Bronsarts. Sello fragt v. Pechmann, ob er dabei bleibe, daß Bronsart nach der Hinrichtung des Mabruk gesagt habe, dem Kerl ist recht geschehen. v. Pechmann bejaht dies; allerdings habe Bronsart die Ausführung des Todesurteils abgelehnt. Peters befreit die Glaubwürdigkeit Bronsarts ein für allemal.

Sodann wurde Graf Pfeil als Sachverständiger benommen. Er erkannte an, daß große Strenge im allgemeinen angebracht war, daß aber bei den Kilimandscharo-Leuten eine so große Strenge nicht nötig gewesen sei. Ein abschließendes Urteil könne er aber nicht abgeben. Um halb 7 Uhr wurde die Weiterverhandlung auf morgen vormittag 9 Uhr vertagt.

Göln, 9. Jan. In der heutigen Vormittags-Sitzung gab Bennigsen eine Darstellung der damaligen Verhältnisse am Kilimandscharo. von Elz sei i. Zt. ausgeschieden worden, um die deutsche Herrschaft am Kilimandscharo einzuführen ohne Krieg. Er habe in friedlicher Weise mit den Eingeborenen verkehrt und wenn Peters ebenso verfahren wäre, so wären die späteren Expeditionen nicht nötig gewesen, um Moschi wieder zu besetzen.

Dr. Peters erwidert, Moschi sei nicht mehr zu halten gewesen.

Der Gerichtshof beschloß dann den Rechnungsrat Schneider vom Kolonialamt zu vernemen, darüber, daß der Bezirksamtssekretär Jahnke gesagt haben soll, die Hinrichtungen seien zu unrecht geschehen.

Dann wurden die Aussagen Dr. Baumanns verlesen, die dieser in Ostafrika über die Hinrichtungen gemacht habe. Nach diesen Aussagen sollen bei den Hinrichtungen geschlechtliche Motive mitgewirkt haben.

Nach einer Ausscheidung darüber, ob Baumann geistesgestört sei, wurde beschlossen, vor Gericht über den Geisteszustand Baumanns eine Anzahl Zeugen zu vernemen.

Waler Kuhnert-Berlin bejaht die Frage, ob er im Jahr 1896 als Auswärtiger Amt geschrieben habe, daß die Hinrichtung des Mabruk eine Schmach sei, er habe die Ernennung Peters zum Gouverneur verhindern wollen. Im Uebrigen gebe er zu, daß er in ähnlichen Fällen auch so gehandelt haben würde, wie Peters.

Generalleutnant Liebert erklärt, die Verhältnisse am Kilimandscharo seien eigentümliche gewesen. Moschi habe nicht behauptet werden können. Die Situation sei entschieden bedenklich gewesen, zumal Peters wenig Truppe hatte. Peters habe keine Kommandogewalt gehabt. Bennigsen könne nicht urteilen, weil er selbst nicht an einem gefährlichen Platze gestanden habe. Peters sei berechtigt gewesen, zu glauben, daß mit dem Entweichen des Mädchens Gefahr im Verzug sei. Auf Befragen erklärt v. Liebert, daß, wenn überhaupt sexuelle Motive in Betracht kämen, er nicht so gehandelt haben würde, wie es Peters getan.

Berlin, 9. Jan. Der vermeintliche Attentäter beim Strausberger Eisenbahnunglück ist wieder entlassen worden, da die aus Braunsberg herbeigerufenen Zeugen ihn als nicht identisch mit dem Schloffer bezeichneten, der seinerzeit den Schraubenschlüssel gekauft habe.

Allenstein, 9. Jan. Justizrat Colski, der Verteidiger v. Göbens hat, wie die „Allensteiner Zeitung“ meldet, den Antrag gestellt, seinen Klienten auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen. Eine Verzögerung des Verfahrens gegen Göbens wird sich voraussichtlich dadurch nicht ergeben, so daß die Anklage gegen Göbens noch in diesem Monat zur Aburteilung zu bringen, keine Aenderung erfahren dürfte.

Paris, 9. Jan. Einer der drei Männer, die in der Nacht vom 22. zum 23. November 1907 im Schnellzug Toulon-Paris einen Raub verübten, ist gestern hier verhaftet worden.

Rom, 9. Jan. Aus dem Vesuvobservatorium wird gegenüber der Beunruhigung, welche die Tätigkeit des Vesuv in letzter Zeit hervorgerufen hat, erklärt, daß die starke Ausdehnung durch das Eindringen von Regenwasser in den Krater verursacht werde und daß kein Grund zur Befürchtung eines Vulkanausbruchs vorliege.

Palermo, 9. Jan. Die Stadtverwaltung verfügte, daß das Wetterheer, das die Straßen unsicher macht, ins Armenhaus wandern soll. Da diese Maßregel gegen die wohlhabenden Rechte der Bettler verstoße, hielten diese am 8. Januar mit Weibern und Kindern unter Vereatruken auf den Stadtmagistrat einen mehrstündigen Umzug durch die Straßen. Sie entsandten eine Deputation aufs Rathaus, die, wie es in anderen großen Städten der Fall sei, eine Anerkennung des Rechts auf Straßenbettel erwirken sollten. Die Entscheidung des Stadtmagistrats steht noch aus.

Großherzogliches Hoftheater.

Im Hoftheater in Karlsruhe:

Freitag, 10. Jan. Abt. C. 27. Ab.-Vorst. „Eugen Onegin“, lyrische Szene in 3 Akten (7 Bildern), Text nach Puschkin, Musik von Tschaikowsky. Anfang 7 Uhr, Ende 10 Uhr.

Samstag, 11. Jan. Abt. B. 26. Ab.-Vorst. „Maria Stuart“, Trauerspiel in 5 Akten von Schiller. Stuart: Kalla Richter vom Raimundtheater in Wien als Gast. Anfang 7 Uhr, Ende 11 Uhr.

Sonntag, 12. Jan. Abt. A. 29. Ab.-Vorst. „Der Prophet“, große Oper mit Ballet in 5 Akten von Meyerbeer. Anfang 6 1/2 Uhr, Ende 10 Uhr.

Montag, 13. Jan. Abt. C. 28. Ab.-Vorst. „Ormat“, Schauspiel in 4 Akten von Sudermann. Anfang 7 Uhr, Ende 10 Uhr.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie u. Hydrometeorologie vom 9. Januar 1908.

Begleitet von stürmischen Winden ist die Depression, die gestern über der südlichen Nordsee erschienen war, ostwärts in das Binnenland herein gezogen; ihr Minimum lag am Morgen bei Hannover. Im weiten Umkreis verursacht sie trübes Wetter mit Regen- und Schneefällen; die Temperaturen sind wieder gesunken. Hoher Druck zieht sich von der nördlichen Nordsee aus über Skandinavien nach Finnland hin. Die Depression wird wahrscheinlich ostwärts weiterziehen; es ist, sobald unser Gebiet auf ihre Rückseite kommt, veränderliches und kälteres Wetter, vorerst noch mit Niederschlägen zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden vom 9. Januar 1908 früh

Lugano wolkenlos — 4 Grad, Biarritz Regen 10 Grad, Nizza wolkenlos 6 Grad, Triest bedeckt 3 Grad, Florenz wolfig 2 Grad, Rom bedeckt 6 Grad, Cagliari Regen 10 Grad, Brindisi wolkenlos 10 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

Januar	Barom. mm	Therm. in C.	Wind. in mm	Feuchtigkeit in Proz.	Wind	Wimmel
8. Nachts 9 ⁰⁰ U.	781.9	3.7	4.4	78	SW	Regen bedeckt
9. Morgs. 7 ⁰⁰ U.	732.9	1.7	4.5	88	SW	„
9. Mittags. 2 ⁰⁰ U.	736.3	2.4	4.9	89	SW	„

Höchste Temperatur am 8. Januar 8.5 niedrige in den darauffolgenden Nacht: 0.5.

Niederschlagsmenge des 8. Januar: 7.8 mm

Bemerkungen: Am 8. Januar Hagelsturz; in der Nacht vom 8. auf 9. Januar Schneefall.

Wasserstand des Rheins am 9. Januar, früh: Schnelwasser 1.00 m, gestiegen 5 cm; Rehl 1.50 m, gestiegen 2 cm; Wagan 2.97 m, gestiegen 9 cm; Mannheim 1.99 m, gestiegen 7 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Raß in Karlsruhe.

Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Braut-Seide v. Mk. 1.35 ab

— Zollfrei! — Muster an Jedermann! —

Seidenfabrik. Henneberg, Zörich.

Anzeigen

finden weiteste Verbreitung

in der über ganz Baden

gleichmäßig verteilten

Karlsruher Zeitung.

Heute nachmittag 3/4 6 Uhr verschied sanft unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Grossmutter und Urgrossmutter

Frau Luise Weizel

geborene Vogel

Witwe des Grossh. Bad. Staatsrats Dr. Gideon Weizel im 93. Lebensjahre.

Karlsruhe, den 8. Januar 1908.

Die trauernden Hinterbliebenen:

- Klara Heintze geb. Weizel, Mannheim
- Friedrich Weizel, Landgerichtspräsident a. D., Freiburg i. B.
- Sophie Weizel geb. Stüber, Freiburg i. B.
- Lina Weizel, Karlsruhe
- Luise Fischer geb. Weizel, Karlsruhe
- Marie Reiss geb. Weizel, Karlsruhe
- Pauline Wiedemann geb. Weizel, Heidelberg
- Friedrich Wiedemann, Heidelberg
- Anna Weizel, Karlsruhe

15 Enkel und 7 Urenkel.

Die Beerdigung findet Samstag den 11. Januar d. Js., vormittags 11 Uhr, von der Friedhofkapelle aus statt.

Trauerhaus: Hirschstrasse 61.



Löflund's Malz-Extract
Beste Diät bei Husten u. Catarrh.
In Apotheken und Drogerien ebenso die berühmten **ächten Löflund's Malz-Extract-Husten-Bonbons.**

Nur die **ächten Löflund's**
chemisch rein, nach Prof Soxhlet's Verfahren, für Säuglinge
Milchzucker
Nähr-Maltose (Neu!) ein zuverlässiges Ansmittel für Kinder, die nicht gedeihen wollen.
Malz-Suppen-Extract zu Dr. Kellers Malzsuppe f. magen-darmkranke Kinder. 80% gehellt.
Malz-Lebertran seit 25. Jahren eingeführt als Kinder-Lebertran.
Malz-Extract mit Eisen, mit Kalk, mit China.

Neue Serien italienischer Bilder!
In allen unseren Niederlagen.
Ed. Löflund & Co., Grunbach bei Stuttgart.

Bürgerliche Rechtsstreite.
Schlusstermin.
O. 514. Nr. 40. Ettlingen.
Das Konkursverfahren über den Nachlass der Stefan Lauinger Ehefrau von Dufenschlag betreffend.
Zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichniss der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen ist der Schlusstermin bestimmt auf
Dienstag den 4. Februar 1908, vormittags 9 Uhr, vor dem Amtsgericht hier selbst.
Ettlingen den 4. Januar 1908.
Großh. Amtsgericht I. gez. Wolf.
Dies veröffentlicht:
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Wagner, Amtsgerichtsekretär.

Bei unentgeltlichem Ausschleiben nach Stadter auf Grund der nach § 47 der Strafprozessordnung von dem Vorsitzenden der Erbschaftskommission Adelsheim über die der Anlage zugrunde liegenden Tatsachen ausgesprochenen Erklärung verurteilt werden.
Mosbach, den 23. Dezember 1907.
Der Großh. Staatsanwalt: Dr. Huber.

Vermischte Bekanntmachungen.
Wasserversorgung.
Für die Wasserversorgung der Heil- und Pflanzanstalt bei Wiesloch beruht die unterzeichnete Stelle auf Grund der Finanzministerialverordnung vom 3. Januar 1907 im Angebotsverfahren die erforderlichen Lieferungen und Arbeiten zur Herstellung einer 950 m langen, 60-100 mm weiten Rohrleitung nebst 17 Schiebern, 10 Heberflurhydranten und den erforderlichen Fassonstücken.
Die Pläne und Bedingungen können auf dem Bureau, woselbst auch Angebotsformulare erhältlich sind, eingesehen werden.
Die Angebote sind längstens Montag den 20. d. Mts., vormittags 10 Uhr, bei der unterzeichneten Stelle eingereicht.
O. 521.21.
Zuschlagsfrist 4 Wochen.
Heidelberg, den 8. Januar 1908.
Großh. Kulturlandinspektion

Bekanntmachung.
Die Eisenbahnverwaltung beteiligt am Mittwoch den 15. d. Mts., vormittags 10 Uhr, auf Station Heidelberg beim Römerweg 21 Loope mit zusammen circa 240 Tonnen alte Schienen, Schwellen, Weichen und Stellwerksteile und altes Befestigungsmaterial.
O. 529.2.1.
Die Verkaufsbedingungen, welche nicht abgegeben werden, werden bei der Versteigerung vorgelesen.
Heidelberg, den 7. Januar 1908.
Großh. Bahnbauinspektion II.

Deutsch-Italienischer Güterverkehr.
Mit Wirkung vom 22. Januar 1908 wird die Station Palermo Porto in den deutsch-italienischen Gütertarif Teil II, Abt. B, sowie in den deutsch-italienischen Lebensmitteltarif einbezogen.
Nähere Auskunft erteilt unser Verkehrs-Bureau.
O. 478.
Karlsruhe, den 8. Januar 1908.
Großh. Generaldirektion der Bad. Staats-Eisenbahnen.

Norddeutsch-Baltisch-Südwestdeutscher Gütertarif.
Mit Gültigkeit vom 10. Januar 1908 werden ermäßigte Frachttarife für Kohlepeteroleum von norddeutschen Verladungsorten nach Freiburg i. Br. und Freiburg-Süd eingeführt. Nähere Auskunft erteilen die Abfertigungstellen.
Karlsruhe, den 8. Januar 1908.
Großh. Generaldirektion der Badischen Staats-Eisenbahnen.

Badisch-Bayerischer Gütertarif.
Die Station Wallersdorf der bayerischen Staats-Eisenbahnen ist für den Gesamtverkehr eröffnet worden; die Station Lohr a. M. führt jetzt die Bezeichnung „Lohr Bf.“
O. 526.
Mit sofortiger Gültigkeit wurde in das Warenverzeichnis zum A. 2. 1 (Gütertarif) unter Ziff. 4 neu aufgenommen: „Senfenscharfer“ und im Warenverzeichnis zum A. 2. 2 (Kohle- und Holztarif) bei Ziff. 2b hinter dem Worte „Lohn“ eingeschaltet: „(ausgerückter Selbstporphy)“.
Karlsruhe, den 8. Januar 1908.
Großh. Generaldirektion der Bad. Staats-Eisenbahnen.

Plissée hoch und flach N. 332
Kurbelstickerei
Anfertigung von Stoffknöpfen.
L. Schüller
Kaiserstrasse 127.

Briefmarken-Albums
in jeder Preislage empfiehlt
Oskar Vogel, Kreuzstr. 3.

Silbsarztstelle.
An der hiesigen Anstalt ist eine Silbsarztstelle zu besetzen. Die Vergütung beträgt jährlich 2000 M. — bei psychiatrischer Vorbildung entsprechend mehr — neben völlig freier Station und regelmäßigen jährlichen Zulagen von erstmals 200 M. — später 100 M. —.
Beiverbungen sind unter Aufsicht der Approbationsbehörde, einer Schilderung des Lebenslaufes und etwaiger sonstiger Zeugnisse an die Anstaltsdirektion zu richten.
Pforzheim, den 3. Januar 1908.
Großherzogl. Direktion der Heil- und Pflanzanstalt
Dr. Fischer,
Veh. Medizinrat. O. 524

Stämme- und Stangen-Versteigerung.
Von Großh. Forstamt Redargemünd werden aus Domänenwäldungen am Freitag den 17. Januar d. J., morgens 9 1/2 Uhr beginnend, im Gasthaus zum „Flug“ zu Redargemünd versteigert:
a. aus Distrikt I „Hollmut“ (Gemarkung Bammatal) 20 Eichenstämme 1. bis 4. Kl.; 6 Lärchen-Ab-schnitte 3. Kl.; 255 Birkenbeständen 1-4 Kl.
b. aus Distrikt IV „Rohberg“ (Gemarkung Waldwimmersbach) Stämme: 12 Buchen 1. bis 4. Kl.; 35 Eichen 1. bis 4. Kl.; 11 Fichten 5. und 6. Kl.; 371 Fichten-Baumstangen 1. und 2. Kl.; 515 Baumstämme u. Hopfenstangen 1-4 Kl.
c. aus Distrikt V „Nedarberge“ (Gemarkung Müdenloch) 3 Lärchenstämme 4. bis 6. Kl.; 35 Birken, 15 Eichen-Verbstangen 1. Kl.; Nadelholz, meist Fichten: 43 Baumstangen 1. u. 2. Kl.; 141 Baumstämme 3835 Hopfenstangen 1. bis 4. Kl., 2040 Rebsteden, 1525 Wohnsteden.
Vorzeiger des Holz: Die Forst-warte Steinbrenner in Redargemünd für Distr. I, Göb in Müdenloch für Distrikt V und Domänenwäld-wüter Heringer in Waldwimmersbach für Distr. IV.
O. 519

Todes-Anzeige.

Teilnehmenden Verwandten und Freunden machen wir die schmerzliche Mitteilung, dass unser guter, unvergesslicher Gatte, Vater, Bruder, Schwiegervater und Grossvater

Baurat Hermann Bürgelin

heute morgen im 63. Lebensjahre nach kurzem, schwerem Leiden sanft entschlafen ist.

Emmendingen, den 8. Januar 1908.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

- Bertha Bürgelin geb. Lenz
Regierungsbaumeister Hermann Bürgelin
in Freiburg
- Bertha Bürgelin
Hedwig Lubberger geb. Bürgelin
in Mannheim
- Emma Lubberger geb. Bürgelin in Chicago
- Frau Dekan Ringer Wwe. geb. Bürgelin
in Freiburg
- Mathilde Bürgelin geb. Zimmermann
in Freiburg
- Amtsrichter Paul Lubberger in Mannheim
- Ingenieur Fritz Lubberger in Chicago
und drei Enkelkinder

Die Beerdigung findet Freitag den 10. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, in Emmendingen statt. O. 522

Hierdurch zeige ich an, dass ich mich als

Rechtsanwalt

beim Grossh. Landgericht Karlsruhe niedergelassen habe. O. 498
Meine Geschäftsräume befinden sich zusammen mit denen des Herrn Rechtsanwalts Dr. Wolff, Karlsruhe, Kriegstr. 48.

Dr. Leop. Friedberg

Wer gibt talentvollem Maler Mittel zum Besuche der Akademie? Gegenleistung durch Gemälde. Offerten unt. O. 474 an die Exp. d. Blattes erbeten.

Patent-Anwalt. Tel. 1303
C. Kleyer Karlsruhe

von Hartung'sche
Militär-Vorbildungsanstalt
Cassel - Wilhelmshöhe
1866 staatl. konz. für alle Schul- und Militärexamina.
Ueber 2000 Einj. und Fähriche erfolgreich vorgebildet, über 500 Prim. und Abit. N. 394 52

Der Grundstücksmarkt

für das Deutsche Reich
BERLIN N. W. 7, Unter den Linden 53
ersucht Grundstücksbesitzer, die ihre Objekte, gleichviel welcher Art, baldigst verkaufen oder beleihen wollen, um sofortige Einsegnung ihrer Adresse. Generalvertr. in nächsten Tagen anwesend. Besuch kostenlos. O. 523
Kein Agent. Strengste Diskretion.

Schriesheim bei Heidelberg
Sanatorium Stammberg für Damen des gebildeten Mittelstandes M. 4. — bis 6. 50 p. Tag. Sommer- u. Winterkur.
Prospekt d. leit. Arzt Dr. Schütz. O. 519